

Für Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Umweltvorsorge

Dr. Klaus Kinkel, geb. 1936 in Metzingen/Baden-Württemberg, ist Vorsitzender der F.D.P. und Bundesaußenminister.

Bei der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 geht es darum, ob wir mit liberaler Wirtschaftspolitik den Aufschwung fortsetzen und verstärken oder ob wir ihn durch eine rot-grüne Politik für mehr Steuern und mehr Abgaben - möglicherweise auch noch in Abhängigkeit von der Zustimmung der PDS — wieder abwürgen. Es geht darum, ob wir durch Liberalisierung, durch Privatisierung und Abbau von Bürokratie unsere Chancen im internationalen Wettbewerb verbessern oder ob wir mit einer bewegungsunfähigen Großen Koalition unsere Zukunft verschlafen. Es geht schließlich darum, ob die deutsche Politik auch in den kommenden Jahren von der liberalen Mitte bestimmt wird, von Vernunft und Augenmaß, von Weltoffenheit und Toleranz, oder die politischen Ränder Einfluß auf die Arbeit der Regierung gewinnen. Es steht am 16. Oktober viel auf dem Spiel: Für unser Land, für unsere Gesellschaft und ganz besonders natürlich auch für die F.D.P. Deshalb lautet unser Slogan: „Diesmal geht's um alles“.

Die Freie Demokratische Partei macht im ersten Satz ihres Wahlprogramms 1994 deutlich, worum es ihr bei den politischen Kernaussagen zu den Problemen Arbeitslosigkeit, Vollbeschäftigung, Strukturwandel und Sozialsysteme geht: „Für Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Umweltvorsorge muß Deutschland im internationalen Standortwettbewerb wieder beweglicher auf die Herausforderungen des weltwirtschaftlichen und technologischen Wandels antworten. Dauerarbeitslosigkeit ist unerträglich für die Arbeitssuchenden und ihre Familien. Anhaltende Arbeitslosigkeit in Europa gefährdet die Grundlagen der sozialen Sicherungssysteme und erschwert Liberalisierungen des internationalen Handels, die für Wohlstand, Entwicklungserfolge und Frieden unverzichtbar sind.“

Arbeitsplätze schaffen und sichern

Beim wichtigsten Problem, der Überwindung der Arbeitslosigkeit, geht die F.D.P. von folgender Tatsache aus: Arbeit für alle ist mehr als genug da - angesichts der gesellschaftlichen Aufgaben und angesichts der vielen Wünsche, die vor allem für Arbeitnehmerfamilien weiterhin noch unerfüllt gebheben sind. In den Wettbewerbsbranchen ist Vollbeschäftigung bei konsequenter Orientierung der Lohnsätze an der Produktivitätsentwicklung möglich. Bei weiter wachsendem Durchschnittsalter der Bevölkerung und angesichts vieler noch ungelöster sozialer Fragen brauchen wir aber auch weitaus mehr Arbeits-

plätze in den Bereichen außerhalb der Wettbewerbsbranchen, in denen Produktivität als Maßstab für die Entlohnung praktisch vollständig ausfällt. In diesen wichtigen Bereichen sozialer und ökologischer Dienstleistungen im weitesten Sinne dürfte zahlenmäßig das größte Potential der Teilzeit- und Vollzeit Arbeitsplätze liegen.

Das liberale Konzept zur Überwindung der Arbeitslosigkeit in den Wettbewerbsbranchen geht davon aus, daß im Regelfall die notwendige Orientierung der Lohnsätze an der Produktivität auf dem Wege der Produktivitätssteigerung erreicht werden kann. Denn angesichts der insgesamt sehr guten Standortqualität Deutschlands, vor allem durch Tüchtigkeit und Fleiß der Bürger, kann Deutschland im internationalen Standortwettbewerb ein Hochlohnland bleiben. Das setzt allerdings größere Beweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt und Beseitigung aller Innovationshemmnisse durch Abbau von Regulierungen und Bürokratie, durch Privatisierung und durch ein technologiefreundliches Umfeld voraus. Vor allem müssen für wettbewerbsfähige Arbeitsplätze die besonderen Bedingungen in Ostdeutschland berücksichtigt werden. Hier ist in manchen Industrien und Dienstleistungsbereichen die Produktivität deutlich niedriger als in Westdeutschland. Daher brauchen wir mehr Flexibilität, Betriebsnähe und Orientierung an regionalen und konjunkturellen Bedingungen vor allem während der Aufbauphase in Ostdeutschland.

Innovation und Flexibilität im Standortwettbewerb

Die Überwindung der Arbeitslosigkeit muß an den Ursachen für fehlende und gefährdete Arbeitsplätze ansetzen. Innovationen werden durch Überregulierung, Bürokratie und viel zu lange Genehmigungsverfahren behindert. Und Arbeitsplätze sind zu teuer und zu unbeweglich, vor allem wegen hoher Lohnnebenkosten, starrer Arbeitszeitregelungen und zu wenig Teilzeitarbeit.

Arbeit ist zu teuer, wenn sich Tarifabschlüsse nicht an der Produktivität orientieren und wenn nicht genügend Flexibilitätsspielräume gelassen werden. Tarifverhandlungen werden dann nach dem alten Rezept „durchschnittliche Produktivitätsentwicklung + Preisanstieg + Umverteilungskomponente“ geführt, unabhängig von der wirtschaftlichen Situation der Betriebe oder Regionen.

Die F.D.P. ist gegen eine Tarifpolitik, die nicht nach Leistung differenziert, sondern im Gegenteil durch Sockelzuschläge einfache Arbeit überproportional verteuert. Das hat in der Bundesrepublik Deutschland zu einer Spaltung des Arbeitsmarktes geführt. Auf der einen Seite gibt es weiterhin Arbeitnehmer, die mit ihrer ausgezeichneten Qualifikation im hochproduktiven, auf den Weltmarkt orientierten Hochlohnsektor Beschäftigung finden. Auf der anderen Seite gibt es Arbeitsuchende, für die der Tariflohn gemessen an ihrer Qualifikation und an ihren Verwendungsmöglichkeiten zu hoch ist, so daß sie nicht eingestellt werden. Die Folge ist steigende Arbeitslosigkeit im Niedriglohnsektor und in strukturell nicht wettbewerbsfähigen Branchen. Diese Entwicklungen verlangen eine grundlegende Neuorientierung in der Lohnpolitik.

Die Tarifpartner müssen ihrer Verantwortung für Arbeitsplätze durch flexible, differenzierte Tarifvereinbarungen gerecht werden. Dafür müssen neue Spielräume für betriebsindividuelle Lösungen geschaffen werden, die sich an der betrieblichen, regionalen und konjunkturellen Lage orientieren. Hilfreich bei solchen Tarifvereinbarungen können erfolgsabhängige Lohnkomponenten wie z. B. Investivlöhne sein.

Durch Privatisierung und Abbau von Regulierungen und Bürokratie wollen wir die Produktivität erhöhen, damit produktivitätsgerechte Löhne hoch sein können und damit die Dynamik für technologische Spitzenleistungen zurückgewonnen wird, die Deutschland für wettbewerbsfähige, gutbezahlte Arbeitsplätze braucht. Denn der internationale Wettbewerb ist durch technologische Neuerungen, durch mehr Marktwirtschaft und insbesondere durch steuerliche Entlastungen in vielen Konkurrenzländern härter geworden.

Bürgergeld für Arbeitsplätze und soziale Sicherheit

Neben flexibleren, innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsbranchen müssen auch im Niedriglohnbereich bessere Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier bieten vor allem soziale und ökologische Aufgaben Chancen für Millionen Arbeitsplätze. In beiden Bereichen sind mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und steuerliche Anreize für mehr Leistung und für reguläre Erwerbsarbeit notwendig. Vor allem gegen Arbeitslosigkeit im Niedriglohnbereich will die F.D.P. mit dem Bürgergeldsystem Anreize für reguläre Erwerbsarbeit schaffen. Das Bürgergeld schlägt eine Brücke zwischen produktivitätsorientierten Löhnen, die die Betriebe zahlen können, und einem Einkommen, das für Arbeitsuchende genügend hoch ist. Diese Brücke ist zugleich ein Angebot an die Tarifpartner, das Lohnabstandsgebot gegenüber Lohnersatzleistungen ohne überdurchschnittliche Sockellohnerhöhungen zu wahren. Denn hohe Sockellöhne führen nur zu hoher Sockelarbeitslosigkeit.

Außerdem muß für Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich die Möglichkeit bestehen, durch längere Arbeitszeiten akzeptable Einkommen zu erzielen. Es muß andererseits aber auch durch verbessertes Teilzeitangebot möglich sein, die individuelle Arbeitszeit freiwillig zu verringern: Die unterschiedlichen Arbeitszeitwünsche müssen durch flexibleres Arbeitszeitrecht und mehr Einfallstiefe und Beweglichkeit in den Betrieben besser mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten abgestimmt werden. Das Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen muß vor allem im öffentlichen Dienst verbessert werden. Die F.D.P. fordert auch die steuerliche Anerkennung privater Haushalte als Arbeitgeber. Dadurch können vor allem im Niedriglohnbereich sehr viele Arbeitsplätze, z. B. in der häuslichen Pflege, geschaffen werden.

Bei der staatlichen Beschäftigungsförderung durch spezielle Arbeitsmarktprogramme geht es um mehr Flexibilität und niedrigere Tarife bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). ABM-Maßnahmen müssen auf Bereiche

beschränkt werden, in denen dem Mittelstand auf dem Ersten Arbeitsmarkt keine unfaire Konkurrenz durch staatlich subventionierte Löhne geschaffen wird. Gemeinschaftsarbeiten im Rahmen eines Sozialrechtsverhältnisses sollen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern Perspektiven für Erwerbsarbeit schaffen.

Ein starker Mittelstand für Dynamik und Innovation

Durch mehr Flexibilität und Innovation müssen die Strukturschwächen der deutschen Wirtschaft überwunden werden: Das bedeutet Deregulierung, Privatisierung und konsequente Umweltvorsorge als Chance für mehr Arbeitsplätze. Deutsche Arbeitsplätze müssen im Binnenmarkt vor allem durch einen starken Mittelstand wettbewerbsfähig sein. Daher muß die hohe Abgabenlast gesenkt werden. Wachsende Abgabenlast erhöht die Lohnnebenkosten. Dadurch wird auch hochqualifizierte, hochproduktive Arbeit weiter verteuert und unrentabel gemacht. Die Überlastung der Wettbewerbsbranchen durch hohe Steuern und Sozialabgaben ist in den letzten Jahren mit drastisch verschärftem internationalen Wettbewerb zusammengefallen, außerdem mit einem Schub technologischer Neuerungen und mit der Abrüstung in Ost und West, die umfangreiche Umstellungen auf eine neue Produktionsstruktur notwendig gemacht hat.

Für wettbewerbsfähige Arbeitsplätze setzt die F.D.P. vor allem auf den Mittelstand. Der dynamische Mittelstand wird auch im Europäischen Binnenmarkt durch hohe Beweglichkeit, Innovationskraft und beispielhafte Ausbildung von Arbeitskräften für neue Arbeitsplätze sorgen, wenn er von bürokratischen Fesseln und Wettbewerbsverzerrungen befreit wird. Auf europäischer Ebene müssen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze durch Investitionen gefördert werden. Dazu gehört die verstärkte Förderung von Forschung und Technologie, insbesondere in der Grundlagenforschung, in Schlüsseltechnologien und bei der Ausbildung und Weiterbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Rahmenbedingungen für die berufliche Ausbildung und Weiterbildung müssen verbessert werden. Arbeitsplätze auf Zukunftsmärkten müssen durch konsequenten Ausbau der transeuropäischen Netze für Information, Kommunikation, Verkehr und Energie geschaffen werden.

Verlässliche Sozialversicherungssysteme

Es steht für die F.D.P. außer Frage, daß verlässliche Sozialversicherungssysteme auch in Zukunft die Grundlage der Absicherung des einzelnen bei existentiellen Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfall, Invalidität sowie im Alter sein werden. Ebenso steht für uns aber außer Frage, daß wir jede Form von Einheitsversicherung ablehnen und das gegliederte System der deutschen Sozialversicherung beibehalten wollen. Die Beiträge zur Sozialversicherung werden von den Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer berechnet. Bei wachsender Arbeitslosigkeit gehen also die Beitragseinnahmen in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung zurück. Gleichzeitig

steigen die Ausgaben, unmittelbar in der Arbeitslosenversicherung, mit zeitlicher Verzögerung in der Rentenversicherung. Die negativen Folgen der hohen Lohnzusatzkosten für die Beschäftigungsentwicklung (Gefährdung von Arbeitsplätzen, Abwanderung in die Schattenwirtschaft) sind bekannt. Staatliche Sozialpolitik und Tarifparteien schaukeln die Lohn- und Beitragsspirale gegenseitig hoch - zu Lasten der Arbeitsplätze, zu Lasten der sozialen Sicherheit.

Die demographische Entwicklung in unserem Land zwingt uns, vor allem die Kranken- und die Rentenversicherung auf den Prüfstand einer verlässlichen sozialen Sicherung zu stellen. Der Anteil der Rentner wird sich in den nächsten Jahrzehnten erheblich erhöhen, und es ist ungewiß, ob sich diese größere Last allein durch Änderung des Erwerbsverhaltens und Zuwanderung wieder ins Gleichgewicht bringen läßt. Die Finanzprobleme der Renten- und Krankenversicherung verschärfen sich, und sie dürfen nicht allein zu Lasten der nachwachsenden Generationen gelöst werden.

Zukunftsfähige Rentenversicherung

Die F.D.P. hält die gesetzliche Rentenversicherung auf der Grundlage des Umlageverfahrens als wichtigste Säule der Alterssicherung für unverzichtbar, ebenso als Schutz gegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit und als Unterhaltersatz für Hinterbliebene. Im übrigen war es immer klug und wird in Zukunft noch wichtiger, die Alterssicherung durch private Vorsorge zu ergänzen, um die Lebensstandardsicherung im Alter nicht zu verfehlen.

Mit dem Rentenreformgesetz ist ein erster Schritt zur weiteren Sicherung der Renten getan worden. Für das Vertrauen in die Sicherheit der Renten ist der politische Konsens der großen demokratischen Parteien in Fragen der Rentenversicherung besonders wichtig. Für ausreichende und sichere Renten wollen die Liberalen einen möglichst engen Zusammenhang zwischen den geleisteten Rentenbeiträgen und den damit erworbenen Rentenansprüchen: Die Höhe der Rentenansprüche muß proportional mit der Höhe der Beitragsleistung steigen, die grundsätzlich durch die Höhe und Dauer der Beitragszahlung, aber auch durch Kindererziehungs- und Pflegeleistungen bestimmt wird. Daneben muß die zweite Säule der Alterssicherung, die betriebliche Alterssicherung, zukunftssicher gemacht werden. Dazu sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Schließlich muß - als dritte Säule - die private Eigenvorsorge für die Alterssicherung durch steuerliche Entlastung von Einkommen und Ersparnis vom Staat gefördert werden.

Die F.D.P. wendet sich gegen pauschale Begrenzungen von redlich erworbenen Renten und Anwartschaften aus DDR-Zeiten. Wir haben uns von Anfang an gegen eine Absenkung der Renten in den neuen Bundesländern ausgesprochen und vor politisch motivierten Rentenabsenkungen ohne Einzelfallprüfung gewarnt. Vier Jahre nach der Wiedervereinigung hat sich bestätigt, daß pauschale Rentenabsenkungen der falsche Weg sind, weil davon auch

Menschen betroffen sind, die lediglich aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation gut bezahlt wurden und damit eher zufällig die Voraussetzungen für eine Absenkung erfüllten, ohne dem SED-Regime und seinen Zielen wirklich nahegestanden zu haben. Die F.D.P. spricht sich daher für eine Reform der Rentenüberleitung aus, die sich streng an den tragenden Prinzipien des deutschen Rentenrechts ausrichten muß. An der Lohn- und Beitragsbezogenheit der Renten ist festzuhalten, und die maximale Rentenhöhe muß sich auch künftig an der Beitragsbemessungsgrenze orientieren.

Krankenversicherung auf neuer Finanzierungsgrundlage

Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ist trotz ständiger Interventionen des Gesetzgebers den Anforderungen, die sich aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel ergeben, auf Dauer nicht mehr gewachsen. Der steigende Anteil älterer Menschen, der medizinische Fortschritt, die unzureichende Beitragszahlung des Staates für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger sowie die steigende Belastung der Arbeitnehmereinkommen mit Sozialabgaben erfordern neue Konzepte. Erhöhungen der Beitragsbemessungsgrenze und die Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen sind für die F.D.P. keine Lösung. Wir wollen eine rasche Abkehr vom Dirigismus im Gesundheitswesen, der Symptome bekämpft, statt an den Ursachen hoher Gesundheitskosten anzusetzen.

Die lohnbezogenen Beiträge der GKV sind überholt, weil über 90 Prozent der GKV-Leistungen nicht mehr lohnbezogen sind. Wir wollen statt dessen kostendeckende Beiträge für jede versicherte Person. Die Beitragshöhe soll sich nicht mehr nach dem Bruttolohn, sondern nach dem Umfang des Versicherungsschutzes richten. Risikozuschläge und -ausschlüsse gibt es in der GKV nach wie vor nicht. Geringverdiener erhalten staatliche Beitragszuschüsse nach dem Wohngeldprinzip bzw. im Bürgergeldsystem. Es ist die Aufgabe des Staates, tatsächlich hilfsbedürftigen Bürgern ohne Rücksicht auf ihre Einkommensverhältnisse den Zugang zu lebensnotwendigen Gütern wie Wohnung oder Versicherungsschutz bei Krankheit zu ermöglichen. Dieser Teil der Sozialleistungen muß daher aus allgemeinen Haushaltsmitteln des Staates finanziert werden. Dann wird die Lastenverteilung gerechter als bei der jetzigen Beitragsfinanzierung, und Arbeitsplätze werden von Lohnnebenkosten entlastet. Die F.D.P. will die GKV nicht privatisieren. Sie will aber auch die „Friedensgrenze“ zwischen GKV und privater Krankenversicherung (PKV) nicht ändern. Unsere Reformvorschläge setzen bei den Schwachstellen der GKV an, die wirtschaftlicher arbeiten muß. Es geht der F.D.P. darum, bürokratische Gängelei in der GKV soweit wie möglich durch marktwirtschaftliche Steuerung zu ersetzen.

Familienpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Unsere Gesellschaft ist in einem tiefgreifenden Wandel, der sich auch in einer grundlegenden Veränderung der Familienstrukturen niederschlägt.

Immer mehr Frauen und Männer wollen Kindererziehung und Berufstätigkeit miteinander vereinbaren. Dieser Tatsache müssen wir ebenso Rechnung tragen wie den Problemen, die sich aus der zunehmenden Vereinzelung in unserer Gesellschaft und der steigenden Zahl Alleinerziehender ergeben. Deshalb sieht die F.D.P. in einer fortschrittlichen Familienpolitik eine der wichtigsten gesamtgesellschaftlichen Aufgaben.

Die F.D.P. steht zur Bedeutung intakter Familienstrukturen für die Gesellschaft. Als Keimzelle gesellschaftlicher Orientierung, Stabilität und Wertevermittlung muß die Familie der besonderen Obhut des Staates unterliegen. In der Regel stellt die Ehe auch weiterhin die Lebensgemeinschaft dar, die zur Familiengründung gewählt wird. Werden jedoch andere Lebensgemeinschaften gewählt, sind insbesondere darin lebende Kinder vor jeder Diskriminierung zu schützen. Neben Ehe und Familie traditioneller Prägung haben sich vielfältige neue Lebensformen gebildet, in denen Paare mit und ohne Kinder nach eigenen Regeln und individuellen Wünschen zusammenleben. Anknüpfungspunkt für sozialpolitische, steuerrechtliche und versorgungrechtliche Leistungen des Staates soll zukünftig weniger die Form der Lebensgemeinschaft, sondern stärker die Zahl der Kinder sein, die in einer Beziehung aufwachsen. Familien- und Kinderfreundlichkeit muß sich auch in finanzieller Unterstützung niederschlagen. Deshalb tritt die F.D.P. dafür ein, die besonderen Belastungen der Familie und deren Leistungen für die Allgemeinheit steuerlich zu berücksichtigen. Der Grundbedarf eines Kindes ist in vollem Umfang steuerlich freizustellen.

In diesem Zusammenhang sind auch der Haushaltsfreibetrag, die Ausbildungsfreibeträge sowie die steuerliche Berücksichtigung von Unterhaltsaufwendungen für Kinder und nahe Angehörige neu zu regeln. Unterhaltsleistungen sollen in bestimmten Grenzen von Geber steuermindernd abgezogen und beim Empfänger versteuert werden. Auch Ehegatten, die beide berufstätig sind, sollen wie Alleinerziehende Kinderbetreuungskosten absetzen können. Die F.D.P. tritt nach wie vor dafür ein, daß private Haushalte ohne Diskriminierung steuerlich als Arbeitgeber anerkannt werden. Die steuerliche Benachteiligung insbesondere von Familien mit mehreren Kindern ist durch eine aufkommensneutrale Umwandlung des Ehegattensplittings in ein modifiziertes Familiensplitting abzubauen. Dem zunehmenden Bedürfnis von Frauen, einer Berufstätigkeit nachzugehen, muß mit einem ausreichenden Angebot von Kinderbetreuungsangeboten für Kinder aller Altersstufen Rechnung getragen werden. Die F.D.P. wird sich dafür einsetzen, daß der durch Bundesgesetz mit Zustimmung der Länder im Bundesrat festgelegte Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz fristgemäß umgesetzt wird.

Die soziale Marktwirtschaft ökologisch weiterentwickeln

Die F.D.P. will mehr Markt für wirksamere und schnellere Umweltvorsorge. Wir dürfen nachfolgenden Generationen nicht jeglichen Freiheitspielraum nehmen, indem wir ihnen einen großen Teil unseres Planeten im Zustand

schwerster Beschädigung oder gar Zerstörung hinterlassen. Darum fordert die F.D.P. eine ökologische Marktwirtschaft. Marktwirtschaftliche Instrumente müssen verstärkt für die dauerhafte Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen eingesetzt werden. Die F.D.P. hat 1971 als erste Partei ein umfassendes Umweltprogramm vorgelegt. Die Liberalen setzen auf eine breite Palette marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik — von handelbaren Lizenzen über Kompensationslösungen, Verbraucherinformation und freiwilliger Selbstverpflichtung bis zur ökologischen Weiterentwicklung des Steuersystems. Das Umwelt-Ordnungsrecht bleibt eine wichtige Grundlage des Umweltschutzes in der Sozialen Marktwirtschaft; es muß aber konsequent entrümpelt und neu gestaltet werden.

Bei der ökologischen Weiterentwicklung des Steuersystems geht es zunächst darum, das Steuersystem auf ökologische Fehllenkungen zu überprüfen und diese zu beseitigen, vor allem durch ein einfacheres Steuersystem. Auch nach einer Reform bleibt es erste Aufgabe des Steuersystems, die unverzichtbaren Staatsaufgaben verlässlich zu finanzieren. Angesichts der heute viel zu hohen Steuer- und Abgabenbelastung der Bürger muß die ökologische Steuerreform mit einer Netto-Entlastung der Bürger einhergehen. Die Umlenkung in Richtung auf sparsameren Umgang mit knappen Ressourcen soll durch eine stufenweise Erhöhung von Steuern auf den Ressourcenverbrauch erreicht werden; Entlastung soll über die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer über den gesamten Tarif und die Abschaffung von Steuern auf Arbeitsplätze wie die Gewerbekapital- und Vermögensteuer erreicht werden; die Gewerbeertragssteuern will die F.D.P. durch eine Finanzierung für die Gemeinden ersetzen, die robuster gegen Konjunkturschwankungen ist und die das Interesse der Gemeinden an der Standortpflege für Arbeitsplätze fördert. Umweltschutz darf nicht wie bei SPD und Grünen zum Vorwand für immer höhere Steuern und Abgaben genommen werden, aus denen dann auch noch soziale Wohltaten finanziert werden. Das schadet der Wirtschaft und diskreditiert den Umweltschutz in den Augen des Bürgers. Wenn aus Umweltgründen Steuern oder Abgaben erhöht werden müssen, wollen wir Liberalen andere Belastungen senken.

Je weniger Emissionen, Abwässer und Abfälle bei der Herstellung oder beim Verbrauch anfallen, desto größer ist langfristig die Ersparnis bei Unternehmen und Haushalten. Durch sparsames Haushalten mit Umweltgütern werden vorsorglich Schäden vermieden, deren nachträgliche Reparatur wesentlich teurer wäre. Ein Beispiel für Steuervereinfachung und ökologisch sinnvolle Lenkungseffekte ist die seit langem von der F.D.P. geforderte aufkommensneutrale Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer. Diese Maßnahme hat Lenkungswirkung bei starker Verringerung des Verwaltungsaufwands: Bei Umlage der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer hängt die Höhe der steuerlichen Belastung von der Fahrleistung, dem Fahrverhalten und der Wahl des Fahrzeugs ab.

Sichere Energieversorgung, sparsamer Energieverbrauch

Der Beschluß der Bundesregierung, bis zum Jahre 2005 die CO₂-Emissionen gegenüber 1987 um 25 bis 30 Prozent zu reduzieren, muß zügig umgesetzt werden, vor allem durch eine stufenweise EU-weite CO₂-Energiesteuer. Die Energiegewinnung aus Sonnenstrahlen, Wind, Wasser (Wasserstoff), Biomasse und Erdwärme muß einen wesentlich höheren Beitrag zur Energieversorgung in Deutschland leisten. Zentraler Bestandteil des Energiekonsenses muß nach Ansicht der F.D.P. deshalb eine nachhaltig verstärkte Förderung im Bereich der Erforschung und Einführung regenerativer Energien sein.

Für die Freien Demokraten ist ein nationaler Energiekonsens unabdingbar. Es geht dabei um die Zukunft der unterschiedlichen Energieträger einschließlich Kernenergie, um verstärkte Anstrengungen zum Energiesparen und um verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien. Nur dann können wir im Rahmen einer langfristig gesicherten, effizienten und ökologisch vernünftigen Energieversorgung das Ziel einer erfolgreichen CO₂-Minderung erreichen. Investitionen in wettbewerbsfähige Arbeitsplätze müssen kalkulierbar sein. Die F.D.P. fordert deshalb, daß konkrete Maßnahmen zur Energieeinsparung in maßvollen Schritten nach einem klaren Stufenplan angekündigt und konsequent umgesetzt werden. Die Option für die friedliche Nutzung der Kernenergie muß offengehalten werden. Die Frage nach einer weiteren Nutzung der Kernenergie als Übergangsenergie darf nicht losgelöst von der Entsorgung, der Reaktorsicherheit, der CO₂-Problematik und der Versorgungssicherheit behandelt werden. Noch während der Laufzeit heutiger Kernkraftwerke muß der Versuch gemacht werden, eine Klimaschutzstrategie zu entwickeln und einzuführen, die auch ohne die Nutzung der Kernenergie erfolgreich sein kann. Die verschiedenen Subventionen und Begünstigungen für die Kernenergie sind schnellstmöglich abzubauen. Braunkohle und Steinkohle gehören mit einem angemessenen Anteil zu einem ausgewogenen Energiemix.

Die F.D.P. setzt auf mehr Wettbewerb bei den leitungsgebundenen Energien, da Wettbewerb das Interesse der Energiewirtschaft an effizienteren Kraftwerken und an rationeller Energienutzung stärkt. Bei geeigneter flankierung durch marktwirtschaftliche Anreize und ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen fördert der Wettbewerb umweltschonende Energieträger und den Einsatz privaten Kapitals für energiesparende Technologien in Wirtschaft und Kommunen.

Mobilität und Umweltvorsorge durch intelligente Vernetzung der Verkehrssysteme

Liberaler Verkehrspolitik will durch klare Rahmenbedingungen für Planung, Bau und Betrieb vernetzter Verkehrssysteme die Mobilität sicherstellen, die ein leistungsfähiger Standort braucht. Intelligente Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger fördert umweltgerechtes Verhalten der Bürger, wenn attraktive Alternativen zum Individualverkehr angeboten werden. Zur

Verminderung der umweltbelastenden Wirkungen des Verkehrs sollen der Wirtschaft Grenzwerte vorgegeben werden, die schrittweise und über einen längeren Zeitraum so gesenkt werden sollen, daß die Umstellung ohne Gefährdung von Arbeitsplätzen gelingt.

Im Güterverkehr muß für höhere Mobilität auf den Straßen und zur Entlastung der Umwelt die Verlagerung auf Schiene und Wasserwege durch bessere Vernetzung und schnellere Umladung gefördert werden. Liberale Verkehrspolitik räumt der Bahn vor allem unter ökologischen Gesichtspunkten Vorrang ein. Die F.D.P. sieht für höhere Mobilität und verbesserte Umweltvorsorge eine Chance in der Neuordnung des Eisenbahnwesens durch Privatisierung. Im Zuge der Privatisierung muß allerdings bei der Zulassung zu den Fahrwegen und beim Betrieb verhindert werden, daß wettbewerbsbeschränkende Marktmacht entstehen kann.

Wenn unsere Städte bewohnbar und lebenswert bleiben sollen, kann der Autoverkehr auf den städtischen Straßen nicht unbegrenzt wachsen. Dies setzt voraus, daß das System des Öffentlichen Personennahverkehrs so ausgebaut wird, daß die vom Bürger gewünschte Mobilität gewahrt ist. Wir brauchen den integrierten öffentlichen Personenverkehr, vom Nahverkehr über den Regionalverkehr bis zum Fernverkehr. Die im Personenbeförderungsgesetz verankerte Monopolstellung öffentlicher Verkehrsbetriebe wollen wir mit dem Ziel einer klaren Trennung von politischer Verantwortung und Betrieb aufheben. Bei der Finanzierung von Verkehrsprojekten, z. B. über Road-Princing-Modelle, muß sichergestellt werden, daß die Belastung mit Straßenbenutzungsgebühren durch Entlastung an anderer Stelle kompensiert wird. Die genehmigungsrechtlichen Verfahren und Entscheidungszeiträume für Verkehrsprojekte müssen auf allen Ebenen verkürzt werden.

Wirtschaft ist nicht alles

Unser liberales Programm für Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Umweltvorsorge unterstreicht, daß für die F.D.P. die Wirtschaftspolitik ein ganz zentraler politischer Bereich, aber eben nicht alles ist. Wir brauchen auch eine liberale Außenpolitik, die sich den internationalen Herausforderungen an das vereinte Deutschland stellt, ohne gleich in einen neuen Nationalismus zu verfallen. Wir brauchen eine liberale Innen- und Rechtspolitik, die die Menschen vor Kriminalität schützt, ohne Bürgerrechte abzubauen. Wir brauchen eine Politik der Toleranz gegenüber den ausländischen Mitbürgern bei uns. Das verlangt mehr Angebote zur Integration und eine gesetzliche Regelung der Zuwanderung in unser Land. Wir brauchen schließlich auch eine Wissenschafts-, Bildungs- und Forschungspolitik, die diesen zentralen Bereich für die Zukunftschancen unseres Landes nicht zur Sparbüchse der Nation macht. Das alles sind zentrale Positionen der F.D.P. für die kommende Legislaturperiode. Wir wollen die erfolgreiche Politik der Bundesregierung auf der Grundlage unseres liberalen Programms auch nach dem 16. Oktober 1994 fortzusetzen. Dazu braucht Deutschland eine starke F.D.P.